

Papandreou zu Besuch in Istanbul

Der ehemalige griechische Ministerpräsident und Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, Georgios Papandreou, sprach am 2. März auf einer Großveranstaltung der FES in Istanbul zum Thema "The Way of the Social Democracy Today and in the Future" an der hunderte Interessenten teilnahmen. Papandreou war auf Einladung von SODEV und TÜSES, zweier türkischer sozialdemokratisch orientierter Think Tanks und Partner der FES, in die Türkei gekommen. Papandreou ist eine Symbolfigur der türkisch-griechischen Annäherung und genießt hohe Anerkennung in der Türkei, denn er war im Jahr 2000 der erste griechische Außenminister der seit 1962 Ankara einen offiziellen Besuch abstattete. Seine erste Auslandsreise als neu gewählter Ministerpräsident führte ihn ebenfalls in die Türkei. Deshalb hob er bei seinen Ausführungen zur regionalen Kooperation auch immer wieder die türkisch-griechische Annäherung als Beispiel hervor.

Papandreou bezeichnete die internationale Solidarität und Zusammenarbeit als den Markenkern der Sozialdemokratie. Mit ‚We can go beyond borders‘ betonte er die zunehmende Wichtigkeit regionaler und globaler Kooperation um zu politische Lösungen in



Zeiten der Globalisierung beizutragen. Ziel der Sozialdemokratie muss die Humanisierung der Globalisierung sein. In Zeiten globaler Wirtschaftsakteure und drängender politischer Fragen verlässt Politik zunehmend den nationalen Rahmen und verlangt nach neuen Antworten und Zusammenschlüssen über Staatsgrenzen hinweg. Die Sozialdemokratie will ihren Bürgern politische, ökonomische und soziale Sicherheit garantieren und ist so ein Stabilitätsmotor in

Zeiten einer globalisierten Welt. Zum Schluss seiner Rede betonte er, dass die Sozialdemokratie insbesondere auf regionaler Ebene die Zusammenarbeit suchen sollte. Explizit ging Papandreou auf den arabischen Frühling ein und hob die Bedeutung von Laizismus und Frauenrechten hervor. Für diese Werte müsse die türkische und regionale Sozialdemokratie eintreten, wozu zunächst Reformen für die Demokratie, Frauenrechte und Meinungsfreiheit im eigenen Land notwendig sind.